

331.1. - HH/he

Ausführungen von Staatssekretär Mojsov zur jugoslawischen Aussenpolitik vom 3. und 4. Februar 1977

---

( K u r z f a s s u n g )

I. Allgemeine jugoslawische Aussenpolitik. 1) Historische Entwicklung basiert auf Kriegserfahrung in folgenden Stufen: Nazi-Besetzung, Befreiung, Transformation in demokratischen sozialistischen Staat. 2) Entwicklung des internen sozialistischen Systems der Selbstverwaltung. Beides ergibt nach aussen die Politik der Blockfreien, die permanent und bewaffnet ist und nicht nur temporäre Taktik.

II. Blockfreiheit. Nichtteilnahme an politischen, militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Allianzen. Universalität basiert auf den fünf Prinzipien. Bereits gute Beziehungen zu den sieben Nachbarn führt zu der Blockfreiheit. Sie erlaubt gleichzeitig gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu UdSSR und USA und Ost- und Westeuropa. Besonderes Gewicht wird aber auf die Beziehungen zu den Blockfreien gelegt, bilateral, multilateral. Die Koordination wird immer enger.

III. Bewaffnung. 25% des Budgets, 5 - 6 des GNP für Armee.

IV. Universalität. 156 diplomatische und konsularische Vertretungen. Spanien und Irland kommen neu dazu. Nur mit Südafrika und Israel keine Beziehungen, da Jugoslawien deren Politik verurteilt. Jugoslawien ist eben nicht neutral, sondern nur blockfrei.

V. Détente. Jugoslawien begrüsst die Détente zwischen USA und UdSSR. An der Belgrader Konferenz 1963 beschlossen die Blockfreien, sich für Détente einzusetzen. Das bis heute Erreichte ist ungenügend:  
a) Détente wird als Mächtegleichgewicht weltweit verstanden, nicht nur bilateral, d.h. Versuch, Allianzen und Einflusszonen zu erweitern;  
b) Détente nur für Europa, statt sie auf andere Regionen auszudehnen, z.B. Mittelmeer. Europa kann nicht allein Friedenszone sein; c) politische Entspannung wird nicht ergänzt durch Abrüstung. Militärisches Potential muss abgebaut werden.

VI. Helsinki. Wer gewann? Die Russen wollten mit der Konferenz anfänglich nur Annahme des territorialen Status quo. Das Schlusssdokument ist eine Transformierung des ursprünglichen Konferenzzieles. Helsinki ist nicht Ende von Weltkrieg II sondern Anfang neuer Zusammenarbeit in Europa, also Vorteil für alle inklusive Supermächte.



- 2 -

VII. Berlin. Der ursprüngliche Konferenzzweck wurde ins Gegenteil transformiert. Von Bedeutung ist nicht nur was weggelassen wurde, sondern auch was positiv beschlossen wurde. In der russischen Parteipolitik gibt es drei Pfeiler a) Moskau will das Zentrum aller KP sein, b) die sowjetische Erfahrung in Bildung der sozialistischen Gesellschaft ist die einzig gültige für die ganze Welt, c) der proletarische Internationalismus bedeutet, dass jede Partei Prinzip a) und b) anerkennen müsse und nur tun dürfte, was Moskau vorschreibt. Diese drei Hauptpfeiler wurden in Berlin zerstört und in neue Grundsätze umgewandelt: kein Zentrum; jede KP ist nicht einem Zentrum sondern der eigenen Arbeitklasse verantwortlich; die verschiedenen Wege zum Sozialismus werden anerkannt; die kommunistischen Parteien arbeiten freiwillig zusammen, also nicht in der Form des proletarischen Internationalismus.

Die neuen russischen Vorschläge für Helsinki (drei Kongresse, Nichterstverwendung von Atomwaffen, Nichterweiterung der Militärallianzen) können ebenfalls transformiert werden in neue Initiativen für die Zusammenarbeit, die Entwicklung und Sicherheit erweitern. Belgrad ist wichtig wegen Nach-Belgrad. Belgrad soll nicht nur Bilanz sein, sondern zu neuen Vorschlägen und Konferenzen führen, also nicht Ende, sondern Anfang.

VIII. Grossmächte. Die Anzeichen sind, dass sowohl USA und UdSSR die Détente weiter verfolgen wollen trotz den momentanen Problemen bezüglich Menschenrechte. Breschnew hat dies in Belgrad ausdrücklich erklärt. Hoffentlich sind die "emotional outcries" im Westen nicht so heftig, dass die soziale Entwicklung in der UdSSR gestört wird. Diese Evolution wird unweigerlich kommen durch menschliche Kontakte; sukzessive Freiheit etc., aber nicht durch Druck von aussen, sondern durch Druck von innen, die Wünsche des eigenen Volkes.

IX. Jugoslawien - EWG. Einschluss weiterer Mitglieder in die EWG wird die Spaltung in Europa verhärten. Jugoslawien wird jedenfalls als blockfrei ausserhalb bleiben; es hofft nur, dass die EWG die Grenzen zur Aussenwelt offen hält. Die Erweiterung der EWG macht die Nord-Südverhandlungen umso nötiger; die Handelshindernisse müssen weltweit weggeräumt werden. Jugoslawien ist für die zukünftige Entwicklung Europas wichtig. Seine geographische Position bewirkt, dass es nicht angegriffen werden kann, ohne dass eine Kettenreaktion in ganz Europa und der ganzen Welt ausgelöst würde. Deshalb war Belgrad von den Bemerkungen Carters während der Wahlkampagne nicht beeindruckt. Jugoslawien ist für das Mächtegleichgewicht wichtig. Wenn Türkei und Griechenland der EWG beitreten, wird Jugoslawien eine wichtige Brücke sein, innerhalb Europa und zwischen Europa und dem Nahen Osten.

X. Nord-Süd. Am 2. Februar beginnt in Paris eine interne Sitzung der 19. Die allgemeine Stimmung ist Enttäuschung. Bisher gab es nur akademische Uebungen. Die Industriestaaten wollten beruhigen, statt Lösungen finden. Als Vorwand gab man an, man müsse auf Wahlen und die Einarbeitung der amerikanischen Verwaltung warten. Auch Jugos-



lawien ist für Geduld und predigt Mässigung, aber lange ist das nicht mehr möglich. Es braucht konkrete Resultate, wenn auch nur in Etappen.

Beiderseits wird festgestellt, dass die französische Idee, die Probleme in einer kleinen Gruppe anzupacken, gut sei. Wenn das nicht funktioniert, dann gehe das Problem zurück an die grossen Gremien der UNO, wo man aber doch weniger vorankomme.

XI. Genf-Wien. Jugoslawien ist eindeutig für Genf. Es will kein drittes UNO-Zentrum in Europa; wenn ein drittes Zentrum, dann soll es in der Dritten Welt sein. Der Donaupark ist ein persönliches Denkmal für Kreisky. Jugoslawien sehe keinen Anlass, den Oesterreichern bei dessen Finanzierung behilflich zu sein. Jugoslawien unterstütze die schweizerische These. Abrüstung soll in Genf bleiben. Bezüglich Abrüstung ist Jugoslawien für eine Spezialkommission der UNO. Der Zweck ist, das Problem zu dramatisieren um der Abrüstung neuen Impetus zu geben. Die öffentliche Meinung der Welt soll sensibilisiert werden. Man braucht neue Formeln und neuen Apparat. Die alte Formel wie sie zwischen Chruschtschow und Kennedy ausgehandelt wurde, ist längst überholt.



Gespräche des Generalsekretärs des EPD, Botschafter A. Weitnauer,  
mit dem stellvertretenden Aussenminister Jugoslawiens, Lazar Mojsov,  
Belgrad, 2./3. Februar 1977

---

## 1. Gegenseitige Darlegung der Aussenpolitik

### Herr Weitnauer

Unsere Neutralität ist mehr als nur eine Politik, sie ist eine Institution, die von den Mächten von 1815 als im Interesse Europas liegend anerkannt wurde. Heute sind wir der Ansicht, sie liege auch im Interesse der Welt. Sie ist eine dauernde und eine bewaffnete Neutralität; die Bewaffnung verleiht ihr Glaubwürdigkeit. Korrelate der Neutralität sind die Universalität unserer diplomatischen Beziehungen sowie die Solidarität und die Disponibilität. Als neuen Aspekt haben wir in den letzten Jahren die "participation" hinzugefügt (Beispiele: KSZE, Colombo, CCEI). Wir möchten indessen unsere schweizerische Spielart der Neutralität beibehalten und bei aller Sympathie für die Blockfreien nicht in deren Richtung tendieren.

Unser Problem besteht nicht zuletzt darin, zu verhindern, dass die Neutralen von den Grossen (USA, EG) "vergessen" werden. Solange die EG ihre politischen Zielsetzungen beibehält, ist ein Beitritt für uns ausgeschlossen. Der Europarat ist ein geeignetes Mittel, um die Kontakte zur EG aufrechtzuerhalten. Daneben bemühen wir uns auch, unsere bilateralen Kontakte, nicht zuletzt zu den USA, auszubauen. Leider wird unsere Aussenpolitik von unserer öffentlichen Meinung nicht immer verstanden.

Die Neutralität hindert uns nicht daran, Stellung zu nehmen (z.B. zur Apartheid), aber wir wollen die diplomatischen Beziehungen aufrechterhalten, um uns die Möglichkeit eines späteren Beitrags



zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte offenzuhalten.

Was die Grossmächte anbetrifft, so bemühen wir uns um Gleichbehandlung. Die Wirtschaft indessen ist nicht neutral, und wir benützen den Handel auch nicht als politische Waffe. Unsere wirtschaftliche Stärke verpflichtet uns indessen zur Verantwortung, die wir u.a. im Nord-Süd-Dialog tragen (siehe Punkt 3).

#### Herr Mojsov

Wir sind uns der wichtigen Rolle bewusst, welche die Schweiz trotz ihrer Neutralität auf internationaler Ebene spielt. Wir freuen uns auf noch grössere schweizerische Aktivität als Ausdruck der Solidarität. Deswegen haben wir auch von vollem Herzen die Teilnahme der Schweiz als Gast der Colombo-Konferenz unterstützt. Die Schweiz hat dadurch die Blockfreien als neue Realität im Weltgeschehen anerkannt.

Die jugoslawische Aussenpolitik kann nur aus der historischen Entwicklung des Landes selbst verstanden werden. Jugoslawien entstand aus dem 2. Weltkrieg als ein Bund gleichberechtigter Nationen; seine Aussenpolitik ist eine Fortsetzung dieses Kampfes. Sie überträgt auch die Idee der Selbstverwaltung aus dem Landesinnern auf die internationale Ebene. Unsere Blockfreiheit ist - wie die schweizerische Neutralität - eine permanente Option, und wie die Schweiz sind auch wir bereit, sie mit der Waffe zu verteidigen. Deshalb lehnen wir jegliche Spekulation über allfällige Richtungswechsel unserer Aussenpolitik strikte ab. Sie ist so tief mit unserer inneren Struktur verbunden, dass an eine Aenderung überhaupt nicht zu denken ist. Wir würden uns jedem Versuch widersetzen, der dies zum Ziele hätte. Wir wenden für die Verteidigung fast den gleichen Anteil des Bundesbudgets auf wie die Schweiz. Unser Ziel ist es, die ganze Bevölkerung zu bewaffnen, um einer Bedrohung von allen Seiten her gewachsen zu sein.



Wenn es um politische Optionen geht, sind wir nicht neutral: So haben wir keine Beziehungen zu Südafrika und haben diejenigen zu Israel nach dem Krieg von 1967 abgebrochen. Hingegen haben wir soeben Beziehungen mit Spanien und Irland aufgenommen.

Blockfreiheit bedeutet Nichtteilnahme an militärischen, politischen, wirtschaftlichen oder ideologischen Allianzen. Die Tatsache, dass Europa heute in allen diesen Fragen geteilt ist, macht eine blockfreie Politik besonders schwierig.

Wir stellen unsere Beziehungen zu allen Ländern der Welt auf die Grundlage der Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung. Unser besonderes Interesse gilt den Staaten der Dritten Welt, mit denen wir einen fast permanenten Gedankenaustausch pflegen, aber auch unseren sieben Nachbarstaaten, mit denen wir gute Beziehungen unterhalten möchten. Sie stellen unter sich eine Art europäische Mikrokosmos dar, da alle Schattierungen vertreten sind, NATO- und Warschaupaktstaaten, Neutrale - und Albanien... Mit vielen dieser Staaten haben wir noch aus der Vergangenheit vererbte Probleme, vor allem in der Minoritätenfrage. Einige davon sind in letzter Zeit gelöst worden, wie etwa die Triester Frage, sodass unsere Beziehungen zu Italien heute als Musterbeispiel gelten können.

Auch unsere Beziehungen zu den Grossmächten basieren auf der Grundlage der Blockfreiheit. Sowohl die UdSSR wie die USA gehören zu unseren wichtigsten Handelspartnern; mit beiden besteht auch eine politische Zusammenarbeit, wie die zahlreichen Besuche der letzten Jahre beweisen (Nixon, Ford, Breschnew in Belgrad, Tito in USA).



## 2. Ost-West-Beziehungen

Herr Weitnauer

Entspannung heisst, statt den Krieg den Frieden vorzubereiten. Das vergangene Jahr brachte keine Fortschritte, die Situation hat sich eher verschlechtert. Carter ist von der Notwendigkeit der Entspannung ebenso überzeugt wie sein Vorgänger. Die Frage ist lediglich, ob er sie allein oder in Verbindung mit den Freunden der USA weiterführen möchte. Mondales Europabesuch ist ein Zeichen für die letztgenannte Variante. Meine Gespräche vor den Wahlen mit Vance, Brzezinski, Ball und Blumenthal haben gezeigt, dass alle an die Entspannung glauben und überzeugt sind, dass diese sowohl im Interesse der USA als auch der Sowjetunion liegt. Der Handel spielt dabei auch eine Rolle, wie übrigens auch in den Augen der UdSSR. Wir stellen fest, dass die KSZE heute in Washington viel ernster genommen wird als zuvor.

Die KSZE war ursprünglich eine sowjetische Idee, aber heute kann man sich fragen, ob die Schlussakte wirklich zum Vorteil der UdSSR ausgefallen ist. Dasselbe gilt für die Konferenz der europäischen Kommunisten und deren Dokument. Im Falle der KSZE benützen die kleineren Warschaupakt-Staaten die Schlussakte, um mehr Bewegungsfreiheit zu erlangen, und die öffentliche Meinung tut dasselbe auf ihre Art. Das Berliner Dokument enthält einige für die UdSSR wichtige Begriffe nicht (z.B. proletarischer Internationalismus, führende Rolle der KPdSU).

Unsere Haltung zur Fortführung der KSZE ist es, der Belgrader Konferenz zum Erfolg zu verhelfen, die Schlussakte am Leben zu erhalten. Im militärischen Bereich erhebt sich die Frage, welche Territorien unter wessen Schutz stehen. (Die diesbezügliche berühmte Frage an Carter wegen Jugoslawien war von langer Hand vorbereitet: durch ein Versehen gab der Kandidat jedoch die falsche



Antwort...)). Trotz dieser Wahlkampf-Diskussion wird Jugoslawiens Entschlossenheit, sich in jedem Falle zu verteidigen, in Ost und West ernstgenommen. Uns selbst beunruhigt das offensichtliche Interesse der Sowjetunion am schweizerischen Territorium, wie dies beim bekannten Spionagefall zum Ausdruck kam.

Wir können zu den Beziehungen der beiden Supermächte nicht viel beitragen, besonders nicht auf dem Gebiet der Abrüstung. Eine dritte Supermacht ist in Europa nicht aufgetaucht: die Europäische Gemeinschaft hat diese Chance wohl für immer vertan. In dieser Situation nehmen die kleineren Mächte zwischen den Supermächten an Bedeutung zu. Viel kann getan werden, aber erst wenig wurde überhaupt begonnen. Wenn wir unsere Bemühungen fortsetzen, so wird auch ein Einfluss auf die Supermächte in Ost und West nicht ausbleiben.

Die Diskussionen um die Menschenrechte in Osteuropa sind nicht das Resultat einer Propaganda, sondern eine natürliche Reaktion auf die Tatsache, dass dieser Teil Europas von der Sowjetunion besetzt ist. Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968 haben das europäische Bewusstsein zutiefst aufgewühlt und zum Ausdruck gebracht, dass jedes Land Europas frei und unabhängig sein sollte. Die gegenwärtige Menschenrechtsbewegung ist eine spontane Reaktion. Ob es weise ist, sie als diplomatisches Werkzeug zu gebrauchen, ist eine andere Frage ("Il n'y faut toucher que d'une main tremblante" - Montaigne). Wenn die dortigen Völker sich erheben, wird die Repression noch stärker sein als zuvor. Wir glauben an Evolution anstelle von Revolution. Tatsache bleibt, dass das Dokument von Helsinki einen "dritten Korb" umfasst. Starke Regierungen haben von einer grösseren Freiheit ihrer Bürger nichts zu befürchten.

Das Gleichgewicht sollte weltumfassend sein, denn der Friede ist unteilbar.



Herr Mojsov

Wir sind mit dem Stand der Entspannung nicht zufrieden, glauben aber nach wie vor an ihre Notwendigkeit. Die erste Konferenz der Blockfreien in Belgrad 1961 stand übrigens gewissermassen am Beginn dieser Bemühungen: sie richtete einen Appell an die Grossmächte, ihre Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Der heutige Stand der Entspannung ist in dreifacher Hinsicht unbefriedigend:

- 1) Die Entspannung wird von den Supermächten lediglich als Gleichgewicht der Kräfte verstanden, und zwar nicht nur in ihren bilateralen Beziehungen, sondern als übergeordnetes Prinzip. Es ist indessen unmöglich, das Kräftegleichgewicht zu messen, da es ständigen Schwankungen unterworfen ist (Angola!). Die Entspannung muss unbedingt auf eine breitere Basis gestellt werden.
- 2) Die Entspannung ist regional auf Europa begrenzt, sie sollte indessen weltumfassend sein. Dies gilt besonders für die unmittelbar an Europa grenzenden Gebiete wie das Mittelmeer und den Nahen Osten. Es ist unmöglich, Europa als eine isolierte Insel inmitten einer Welt voller Konflikte zu sehen.
- 3) Die Entspannung ist bis jetzt ohne militärische Komponente geblieben. Das bestehende militärische Gleichgewicht genügt nicht; die nukleare Bewaffnung muss nicht nur wie bei den SALT beschränkt, sondern vermindert werden. Die MBFR haben überhaupt keine Resultate erbracht.

Was die KSZE anbetrifft, so wäre es falsch, die Frage zu stellen, wer gewonnen und wer verloren hat. Die Schlussakte nützt allen. Die KSZE war wohl ursprünglich eine sowjetische Idee, aber in ihrem Schlussresultat ist fast nichts mehr vom damaligen Kon-



zept zu finden, wenn man vom territorialen status quo absieht. Aber Helsinki ist nicht nur die Anerkennung dieses status quo, sondern der Anfang eines Prozesses, welcher nach und nach die Trennung Europas überwinden wird.

Auch im Falle der Berliner KP-Konferenz wurde die ursprüngliche (sowjetische) Idee fast in ihr Gegenteil verkehrt. Die Sowjetunion ist mit dem Resultat unzufrieden. Das Berliner Dokument impliziert folgende drei grundlegenden Tatsachen:

- 1) Moskau ist nicht mehr das Zentrum aller kommunistischer Parteien
- 2) Das sowjetische Modell ist nicht mehr das allein gültige
- 3) Demzufolge hat auch der Begriff "proletarischer Internationalismus" seine Berechtigung verloren.

Damit sind die drei Säulen eingestürzt, auf denen die sowjetische Vorherrschaft über die anderen Parteien beruhte. Von nun an ist jede KP nicht mehr Moskau verantwortlich, sondern nur noch der eigenen Arbeiterklasse. Das Prinzip des eigenen Weges zum Sozialismus wurde anerkannt. Anstelle des "proletarischen Internationalismus" ist die freiwillige Zusammenarbeit getreten.

Gesamthaft betrachtet, gereichte so der ganze Entspannungsprozess der Sowjetunion keineswegs zum Vorteil, eher im Gegenteil.

Die neuen sowjetischen Vorschläge (Kongresse zu Umweltschutz, Transport und Energie; Verbot des Ersteinsatzes von A-Waffen und der Erweiterung der Militärblöcke) können in Zukunft zu weiteren Initiativen umgeformt werden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in allen drei Körben zu intensivieren, besonders auch auf militärischem Gebiet. In diesem Zusammenhang kommt der Belgrader Konferenz grosse



Bedeutung zu: sie soll nicht nur Bilanz ziehen, sondern neue Ideen entwickeln. Ebenso grosse Bedeutung hat die "Nach-Belgrad-Zeit".

Unsere KSZE-Konsultationen waren bis jetzt sehr positiv. Dies gilt auch für die eben abgelaufenen Konsultationen der Neutralen und Blockfreien. Diese erbrachten zwar keine spektakulären Resultate, aber sie waren symbolisch wichtig, besonders in der gegenwärtigen emotional aufgeheizten Atmosphäre in Europa! Die "N+N" stellten dieser ihre ruhige und nüchterne Betrachtungsweise entgegen.

Was die Beziehungen USA-UdSSR anbetrifft, so stellen wir eine neue Entwicklung fest. Wir sind froh, dass die Wahlen in den USA mit ihren allzu vielen Diskussionen über Europa vorbei sind und hoffen, dass Carter bald Schritte in der richtigen Richtung unternimmt (SALT etc.). Wir hoffen auch auf neue Entwicklungen in der Sowjetunion, ungeachtet der vom Westen überdramatisierten und überstrapazierten Menschenrechtsfrage. Die gegenwärtige Diskussion um die Menschenrechte ist nur ein vorübergehendes Phänomen, das sich noch vor der Belgrader Konferenz rechtzeitig beruhigen wird. Westliche Gefühlsausbrüche bringen die inneren Entwicklungen in der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten nicht voran, im Gegenteil. Diese Staaten möchten mehr Flexibilität in ihre inneren Verhältnisse bringen, aber dies ist unter Druck von aussen nicht möglich. Schon heute ist das sowjetische System nicht mehr das gleiche wie vor 20 Jahren. Es braucht zur Veränderung nicht nur moderne Technologie, sondern auch mehr geistige Offenheit. Trotz allen Schwierigkeiten ist die Sowjetunion daran interessiert, die Entspannungspolitik fortzusetzen.

Wenn die Stellung Jugoslawiens durch äusseren Druck geändert werden sollte, würde das gesamte Europäische Gleichgewicht aus den Fugen geraten. Carters Aeusserungen während des Wahlkampfes haben



uns nicht erschreckt, denn wir wissen genau, dass auch er sich der Bedeutung unseres Landes für ganz Europa bewusst ist. Wir empfinden uns in Jugoslawien jedoch nicht als schwache Stelle im Gleichgewicht, sondern als eines der Glieder einer Kette, die Ost und West verbindet, besonders auch im wirtschaftlichen Bereich. Wir sind eine Brücke nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen EG-Staaten, sobald einmal Griechenland und die Türkei Mitglieder der Gemeinschaft werden. Wir sehen darin die Möglichkeit, eine konstruktive Rolle zu spielen, nicht zuletzt im Hinblick auf den Nahen Osten. Aus diesem Grunde hat auch die EG beschlossen, sich finanziell am Ausbau der Verkehrsverbindungen durch unser Land in diese Gegenden zu beteiligen.

Wir sehen der allgemeinen Entwicklung in Europa mit Optimismus entgegen, ungeachtet aller gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Geschichte wird nicht durch eine einzige Schlussakte überwunden, wir brauchen Geduld!

### 3. Nord - Süd - Dialog

#### Herr Weitnauer

Alles scheint auf die Amerikaner zu warten. Die Neun können sich offenbar nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen. Den Amerikanern fehlt noch die Einsicht in die politische Bedeutung eines Abschlusses. In der Schweiz ist die technische Hilfe sehr populär und wird seit langem praktiziert. Darüber hinaus sind wir bereit, auf privater Basis Kapital in Entwicklungsländer zu exportieren, müssen aber auf Investitionsgarantien rechnen können. Damit wäre gleichzeitig auch der Technologie-Transfer gesichert. Hingegen ist es schwierig, die Bevölkerung vom Nutzen öffentlicher finanzieller Entwicklungshilfe zu überzeugen, obwohl sie schon heute nicht fehlt;



sie sollte allerdings beträchtlich grösser sein. An der Pariser Konferenz wenden wir uns gegen jegliche Verzögerungstaktik. Die Ministerkonferenz sollte noch im ersten Halbjahr 1977 stattfinden. Eine Indexierung der Rohstoffpreise würde die Inflation im Westen weiter anheizen.

Die Schweiz und Jugoslawien sind, jedes in seinem "Lager", gemässigte Konferenzteilnehmer. Die KIWZ ist möglicherweise nur der erste Schritt eines sehr langen Prozesses. Die Fakten sind allen bekannt, weitere Analysen sind nutzlos. Jetzt muss verhandelt werden!

#### Herr Mojsov

Wir schätzen die Beteiligung der Schweiz als ein Zeichen ihrer Bereitschaft, zur Lösung der Probleme beizutragen. Als Kleinstaat kann sie viel zur Verständigung beitragen. Die Gruppe der 19 ist sehr frustriert, weil sich die KIWZ auf die Identifikation der Probleme beschränkt. Wir haben jetzt über 500 Vorschläge, aber noch keinerlei konkrete Resultate. Das ganze gleicht eher einem akademischen Klub, dessen Ziel es offenbar sein soll, die Entwicklungsländer zu beruhigen. Man sagt uns immer nur, dass wir warten sollten, zuerst auf die UNCTAD IV, dann auf die Wahlen in der Bundesrepublik und den USA, dann auf die OPEC, aber das sind alles nur Ausflüchte. Die Amerikaner kennen die Probleme ganz genau, auch die neue Administration.

Wir Jugoslawen bemühen uns, die weniger geduldigen Entwicklungsländer zu beruhigen, die schon mehrmals mit dem Verlassen der Konferenz gedroht haben.

Unsere Richtlinien in der KIWZ lauten:

- 1) Rasche Teillösungen sind wichtiger als grosse "package deals".



Drei Bereiche bieten sich für solche Teillösungen an:

- a) Abtragung der öffentlichen Schulden der am wenigsten entwickelten Länder. Hier handelt es sich nur um geringe Beträge.
- b) Die Kaufkraft der Entwicklungsländer muss erhalten und gestärkt werden. Zu diesem Zwecke müssen die Rohstoffpreise stabilisiert werden.
- c) Die Industriestaaten müssen sich verpflichten, ihre Finanzhilfe zu erhöhen.

Daneben gibt es noch mindestens 11 weitere Bereiche, wo rasche Lösungen möglich sind.

- 2) Die Idee eines kleineren Verhandlungsforums sollte erhalten bleiben, denn dort sind noch eher Resultate möglich als in grossen Gremien wie UNCTAD oder in einer Sondersession der UN-GV. Dennoch sollten die Resultate der Pariser Konferenz an der nächsten UN-GV diskutiert werden.

#### 4. Genf - Wien

##### Herr Weitnauer

Der von der letzten UNO-GV beschlossene Transfer sollte die oberste Grenze darstellen. Die Donaupark-Türme können auch durch private Organisationen gefüllt werden. Die Rolle Genfs darf nicht gemindert werden. Die grösseren Organisationen müssen dort bleiben. Das gilt auch für das CCD. Die MBFR sind kein Grund, auch das CCD nach Wien zu holen.

##### Herr Mojsov

Wir haben vollstes Verständnis für die schweizerische Haltung.



Wir sind gegen die Schaffung eines 3. UNO-Sitzes. Wenn schon, dann dürfte dieser jedenfalls nicht in Europa sein. Herr Kreisky hat sich im Donaupark ein persönliches Monument schaffen wollen. Ich sehe nicht ein, warum wir seinen persönlichen Ambitionen helfen sollten. Wien kann eher ein Treffpunkt für Konferenzen sein, obwohl seine Reputation in dieser Beziehung nicht allzu gut ist (Wiener Kongress!). Uebrigens wollen die UNO-Beamten auch gar nicht gern nach Wien übersiedeln.

## 5. Abrüstung

### Herr Mojsov

Jugoslawien hat die Initiative zur Einberufung einer Sondersession der UN-GV über Abrüstung im Jahre 1978 ergriffen, um die Frage zu dramatisieren, denn ein neuer Impuls ist notwendig. Das CCD ist insofern überholt, als es aus der Zeit des "spirit of Camp David" und der "Troika" stammt. Ein wirkungsvollerer Verhandlungsmechanismus ist vonnöten, ohne dass das CCD deswegen aufgelöst werden muss. Wir hoffen auf die Unterstützung der Schweiz, und nicht nur als Gastland!

## 6. Europäische Zusammenarbeit

### Herr Weitnauer

Je grösser die EG wird, desto mehr wird sie von ein paar grösseren Staaten dominiert. Die ursprünglich geplante Integration hat keine Fortschritte gemacht, aber nach aussen ist die Gemeinschaft nach wie vor ein Erfolg, wie die Beitrittsgesuche zahlreicher Mittelmeerstaaten beweisen. Der "qualitative Sprung" der



- 13 -

Gemeinschaft hat nicht stattgefunden. Die USA ihrerseits haben die Tendenz, sich in erster Linie mit den grösseren Staaten der EG zu befassen.

Herr Mojsov

Auch wir sehen die Gefahr, dass die Erweiterung der EG die bestehenden Unterschiede in Europa nur noch verstärkt und sie auf andere Teile des Kontinents ausdehnt. Wir befürchten, dass sich die Gemeinschaft durch neue Barrieren vom restlichen Europa abkapselt. Wir haben dies ganz konkret im Falle unserer Fleischexporte erlebt, die trotz bestehender Vereinbarung von der EG einseitig gestoppt wurden. Die Erweiterung der EG sollte zu grösserer Oeffnung und nicht zum Rückzug auf sich selbst führen.